

## **Positionspapier der Volkshochschulen zur aktuellen Energie-Krise**

### **1. Aktuelle Krisenlage**

Die aktuelle Energiekrise trifft die Menschen hart. Unabsehbar hohe finanzielle Belastungen und sonstige Preissteigerungen schränken Handlungsspielräume und auch Chancen der sozialen Teilhabe und des Erwerbs individueller Krisenresilienz ein, wenn die Teilnahme an Weiterbildung dem individuellen Spardruck zum Opfer fällt.

Damit fehlt den Menschen ein wichtiges Instrument für ihr individuelles Krisenmanagement: Weiterbildung kann Menschen darin stärken, die Energiekrise besser zu begreifen und sie praktisch besser zu bewältigen.

Gefühle von Hilflosigkeit und Überforderung drohen in Wut und Proteste gegen die Regierung umzuschlagen. Populistische Deutungsmuster können in einer solchen Stimmungslage zu einer weiteren Polarisierung der öffentlichen Debatte beitragen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Der Deutsche Städtetag spricht davon, dass die Krise die Gesellschaft vor eine „Zerreißprobe“ stellt. Gerade in dieser Situation können Volkshochschulen als Orte des Dialogs dazu beitragen, den sozialen Sprengstoff zu entschärfen und den Zusammenhalt zu stärken.

Krisenzeiten sind Bildungszeiten. Als integraler Bestandteil des Bildungswesens sind Volkshochschulen jetzt besonders gefragt. Ihre Angebote rund um das Thema Energie, darunter Kurse mit praktischen Tipps zum Energie sparen und zum Verbraucherschutz sowie Vorträge, die Zusammenhänge des Energie-Marktes erläutern, sind derzeit stark nachgefragt.

Gleichzeitig sind auch die Volkshochschulen von der Krise betroffen. Nach zwei harten Corona-Jahren bedrohen die steigenden Energiekosten die Existenz von Einrichtungen, wenn gleichzeitig die Teilnahmebeiträge sinken und die Kommunen finanziell nicht in der Lage sind, die Mehrbelastungen aufzufangen.

### **2. Was jetzt politisch wichtig ist**

In Krisenzeiten ist es besonders wichtig, dass der Staat Präsenz zeigt und öffentliche Daseinsvorsorge konkret spürbar ist. Die Menschen dürfen sich nicht im Stich gelassen fühlen und müssen Zuversicht behalten (Scholz' Begriff des „Unterhakens“). Das gilt vor allem vor Ort, im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen. Bei aller Einsicht in die Notwendigkeit von Energieeinsparungen darf nicht der Eindruck entstehen, dass überall die Lichter ausgehen.

Zur notwendigen Daseinsvorsorge gehören auch Bildungseinrichtungen und damit auch die Volkshochschulen als integraler Teil des Bildungssystems. Sie müssen weiterhin Orte des öffentlichen Dialogs bleiben und ihren Kursbetrieb fortsetzen.

Gerade in der Krise gilt es, über kurzfristiges Handeln hinaus, den Blick nach vorne zu richten. Es bedarf eines Krisenmanagements, das nachhaltig ausgerichtet ist. Statt öffentliche Einrichtungen zu schließen, sind gerade jetzt Investitionen in die Versorgungsinfrastruktur nötig.

Bund, Länder und Kommunen müssen gerade jetzt Einrichtungen wie Volkshochschulen und Bibliotheken als Bildungspartner in Anspruch nehmen und als Teil eines gelingenden Krisenmanagements stärken.

Politik muss offensiv den Dialog mit den Menschen suchen, Entscheidungen begründen und die Bedarfe und Kritikpunkte aus der Bevölkerung aufnehmen.

### **3. Forderungen der Volkshochschulen**

- Als integraler Bestandteil des Bildungssystems in Deutschland setzen Volkshochschulen ihren Betrieb als Orte der Aufklärung und des Dialogs fort
- Bund und Länder müssen die Kommunen darin unterstützen, steigende Energiekosten und Einnahmeausfälle in Volkshochschulen zu tragen. Volkshochschulen in privater Rechtsform benötigen eine Energiekostenerstattung und finanzielle Entlastungen analog zu kleinen und mittleren Unternehmen.
- Bund und Länder müssen bestehende Förderprogramme kurzfristig ausweiten, damit mehr Kurse rund um das Thema Energie als Teil einer Bildung für nachhaltige Entwicklung kostenlos angeboten werden können:
  - Praktische Tipps zum Energiesparen
  - Aufklärung über energiepolitische Zusammenhänge in der aktuellen Energiekrise
  - Anleitungen für energetische Sanierungen
  - Gelegenheit für Diskussionen
- Volkshochschulen brauchen investive Mittel, um ihren Betrieb dauerhaft energieeffizienter gestalten zu können. Dafür müssen Bund und Länder die Kommunen finanziell stärken.
- Der Bund muss kurzfristig eine Bürger-Dialog-Reihe starten. Das Format muss gewährleisten, dass politische Entscheidungsträger\*innen sich Fragen und Kritik aus der Bevölkerung stellen. Ergebnisse der Bürger-Dialoge müssen gesichert werden und politisch Beachtung finden.

Bonn, 22.09.2022

Deutscher Volkshochschul-Verband